

Gewalt gegen Frauen

Projektleitung: Alexandra Grasl-Akkilic

Die österreichische Kriminalstatistik weist einen hohen Anteil an Femiziden – das ist die vorsätzliche Ermordung einer Frau durch einen Mann – auf. Im Jahr 2022 wurden 28 Frauen durch ihren (Ex-)Partner, Bekannten oder ein Familienmitglied getötet, einen Mordversuch überlebten 30 Frauen (Zahlen: AÖF aof.at/index.php/zahlen-und-daten/femizide-in-oesterreich).

Schwere Verletzungen oder der Tod am Ende einer Kette von Aggression und Beziehungsgewalt sind die Spitze des Eisberges an häuslicher Gewalt in Österreich. Unverzichtbar ist daher sensibilisiertes, geschultes Gesundheitspersonal, das gewaltbetroffene Patientinnen frühzeitig erkennt und unterstützt.

Sensibilisierung von Gesundheitspersonal

Fortgesetzt wurde die gute Kooperation mit dem Wiener Gesundheitsverband im Rahmen der interdisziplinären Fortbildungsreihe „Gewalt macht krank!“. Gemeinsam mit der Diversitätsbeauftragten Zeynep Arslan und einem Fachbeirat wurde die Fortbildung neu strukturiert, und zwar in ein Basismodul und zwei Aufbaumodule: Das Basismodul behandelt Gewaltformen und gesundheitliche Folgen, die Rechtslage, Gesprächsführung, forensisches Know-how und die klinische Opferschutzarbeit. Die beiden Aufbaumodule bieten Einblick in Spezialthemen. 2022 waren dies die Themen:

- Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Pandemie
- Gewalt gegen pflegebedürftige und alte Menschen
- Gewalt gegen Menschen mit Behinderung

Beim Basismodul referierten Ko-Veranstalterin Alexandra Grasl-Akkilic, Juristin Susanne Klima, Psychologin Patricia Holzmann sowie vier Vertreterinnen der Opferschutzgruppe der Klinik Ottakring: die beiden Gynäkologinnen Susanne Hölbfer und Maria Kastanek, die diplomierten Pflegerinnen Hermine Buchegger und Elisabeth Gerbafczits von



Vortragende und Moderatorinnen beim zweiten Aufbaumodul der Fortbildungsreihe „Gewalt macht krank!“
v. l. n. r.: Alexandra Grasl-Akkilic, Zeynep Arslan, Andrea Berzlanovich, Gabriele Allmer, Elisabeth Udl

der Zentralen Notaufnahme gaben Einblick in ihre Opferschutzarbeit.

Beim Aufbaumodul 1 über Häusliche Gewalt in der Pandemie berichtete Cansel Demirdelen-Özkan von der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie, wie Opfer familiärer Gewalt unterstützt werden. Martin Ploder, Kinderarzt an der Klinik Donaustadt, berichtete über die Aufgaben einer Kinderschutzgruppe. Die psychischen Auswirkungen von Gewalt an Kindern thematisierte Psychologin Sabine Völkl-Kernstock, AKH Wien, und den Trend zu Cybergewalt und -stalking analysierte Alina Zachar vom 24-Stunden Frauennotruf.

Gewalt gegen vulnerable Personen, wie alte Menschen, Pflegebedürftige und Frauen mit Lernschwierigkeiten, thematisierte das zweite Aufbaumodul mit: Gerichtsmedizinerin Andrea Berzlanovich, Elisabeth Udl vom Verein NINLIL, Gabriele Allmer von der Patient*innen- und Pflegeanwaltschaft (siehe Foto).

190 Personen haben an der Fortbildungsreihe teilgenommen, ein Großteil aus dem Bereich der Pflege.

Vernetzung der Wiener Opferschutzgruppen

Dieses wienweite Forum umfasst nun 13 Krankenhäuser, 2022 stieß das Krankenhaus Göttlicher Heiland dazu. Es fanden drei Vernetzungstreffen statt, die das Wiener Programm für Frauengesundheit und der 24-Stunden Frauennotruf gemeinsam koordinierten. Neben dem fachlichen Austausch ist der Dialog mit Expert*innen wichtig. Gäste im Februar waren der Erste Staatsanwalt Gerd Hermann und Andrea Kassan von der Landespolizeidirektion Wien und diese formulierten ihre Erwartungen an die Schnittstelle Krankenhaus. Im November berichtete Nikolaus Tsekas von Neustart über die verpflichtende Gewaltpräventionsberatung für Täter. Das 30. Treffen im Juni im Rathaus (siehe Foto) bot Gelegenheit, sich über Highlights und Zukunftsvisionen auszutauschen. Alexandra Grasl-Akkilic zeigte in ihrem Rückblick, wie viele Schritte im Opferschutz seit der Gründung 2013 gemeinsam gemeistert wurden. Katja Mühlhäuser präsentierte die vorbildhafte Vorgangsweise der Zentralen Notaufnahme Ottakring bei Verdacht auf Vorliegen eines Gewaltdelikts.

Anerkennung von Opferschutzarbeit als medizinische Leistung

Einen Meilenstein bei der Anerkennung von Opferschutzarbeit in Krankenhäusern initiierten das Wiener Programm für Frauengesundheit und der Wiener Gesundheitsverbund: Auf Anregung des Wiener Programms für Frauengesundheit reichte der WIGEV Gesprächsführung und Spurensicherung als von der Sozialversicherung zu refundierende medizinische Leistungen beim Gesundheitsministerium ein. Den Vorschlag erarbeiteten Vertreterinnen der Opferschutzgruppen und des Medizinischen Leistungsmanagements des WIGEV. Mit Erfolg, denn ab 1.1.2023 gibt es den „Code ZZ 555 | Opferschutz (Spurensicherung und Beratungsgespräch)“, der mit 91 Punkten bewertet ist. Dieser Code ist österreichweit gültig und kann von allen Krankenhäusern genutzt werden. Damit wird die Opferschutz-Arbeit honoriert und sichtbar gemacht.

Opferschutz-Dokumentation

Die Dokumentation eines Opferschutzfalls ist Teil der Krankengeschichte der betroffenen Patientin. Alexandra Grasl-Akkilic moderiert seit April 2022 eine Arbeitsgruppe, die sich mit inhaltlichen, organisatorischen und technischen Standards der Opferschutz-Dokumentation in den Häusern des WIGEV auseinandersetzt. Eingebunden sind alle WIGEV-Opferschutzgruppen sowie Expertinnen der Generaldirektion zu Recht, Datenschutz, Qualitätsmanagement und IMT (Informations- und Medizintechnik).



30. Vernetzungstreffen der Wiener Opferschutzgruppen

Die Arbeitsgruppe traf sich im Berichtsjahr 2022 drei Mal und arbeitete Empfehlungen für ein Pflichtenheft aus, welches 2023 fertig gestellt werden soll.

Weibliche Genitalverstümmelung FGM/C

Bei den beiden Treffen des FGM-Beirats der Stadt Wien stand der Erfahrungsaustausch im Vordergrund: Im Mai waren Ines Kohl und Nina Gruy-Jany von Aktion Regen zu Gast und berichteten über sexuelle Bildung, Bildungsarbeit und Mädchen-Empowerment in Kenia. Dabei bezieht die NGO Väter und Brüder in die Präventionsarbeit mit ein. Im November stellte Simone Giger, Caritas Schweiz, die Nationale Anlaufstelle FGM/C vor, die in der Schweiz aufgrund eines Bundesratsbeschlusses seit 2016 für Prävention und psychosoziale Versorgung sorgt. Das Konzept ist vergleichbar mit der neuen Österreichischen FGM/C-Koordinationsstelle, die FEM Süd und Rotes Kreuz im Auftrag des Bundesministeriums für Integration seit 2022 betreiben. In beiden Ländern werden Coaching und Weiterbildung für Fachpersonen, Information und Beratung für Betroffene, Multiplikator*innen und Communities angeboten.

Im Namen des Wiener FGM-Beirats wurde im Gesundheitsministerium angeregt, die Rubrik „Mutter von FGM betroffen“ im geplanten elektronischen Eltern-Kind-Pass einzurichten sowie auf FGM-Beratungseinrichtungen und Ambulanzen hinzuweisen.

Das 2020 vorgestellte FGM-E-Learning des Wiener Programms für Frauengesundheit stößt auch außerhalb der Stadt auf großes Interesse: Das Land Tirol plant eine Übernahme und das Netzwerk Mädchenbeschneidung Schweiz hat das Modul zum Thema Gesprächsführung/Kinderschutz übernommen und für die Schweiz adaptiert.

› **Link: FGM-E-Learning**